

gen angeführt, Ein Hamburger Professor bemühte sich gar, wenn auch vergeblich, um den Nachweis, daß häufiges Musizieren auf Streichinstrumenten zu Unfruchtbarkeit durch „Cello-Hoden“ führt. Wissenschaftlich belegt ist dagegen, daß Zeugungs- und Empfängnisunfähigkeit von organischen Schäden, Streß oder psychischen Störungen her rühren kann.

Vergangene Woche wurde die Thesen-Vielfalt um eine neue Variante bereichert, mit der das TV-Magazin „Monitor“ das westdeutsche Fernseh-Publikum schockte: Umweltgifte, die in Verdacht stehen, Krebs und andere schwere Krankheiten auszulösen, machen womöglich auch unfruchtbar.

Diese Theorie könnte ein Phänomen erklären, das Mediziner und Ökologen, Politiker und Biologen zunehmend

auf 60 Millionen Spermien gesunken und schon jeder zehnte Mann unfruchtbar ist, fanden Andrologen (Männerheilkundler) in Samenflüssigkeit das Holzschutzmittel Pentachlorphenol (PCP), die in Hydraulikölen eingesetzten Polychlorierten Biphenyle (PCB) sowie die Pflanzen- und Insektengifte Hexachlorbenzol (HCB), Dieldrin und DDT.

▷ In der Bundesrepublik, wo die Zeugungs- und Empfängnisfähigkeit gleichfalls zurückgeht, wiesen Wissenschaftler des Hamburger „Instituts für Hormon- und Fortpflanzungsstörungen“ in der Eizellenflüssigkeit von 47 unfruchtbaren Frauen aus Westdeutschland und Österreich „signifikante Werte“ von DDT, PCB, Dieldrin, HCB und anderen Chemikalien nach.

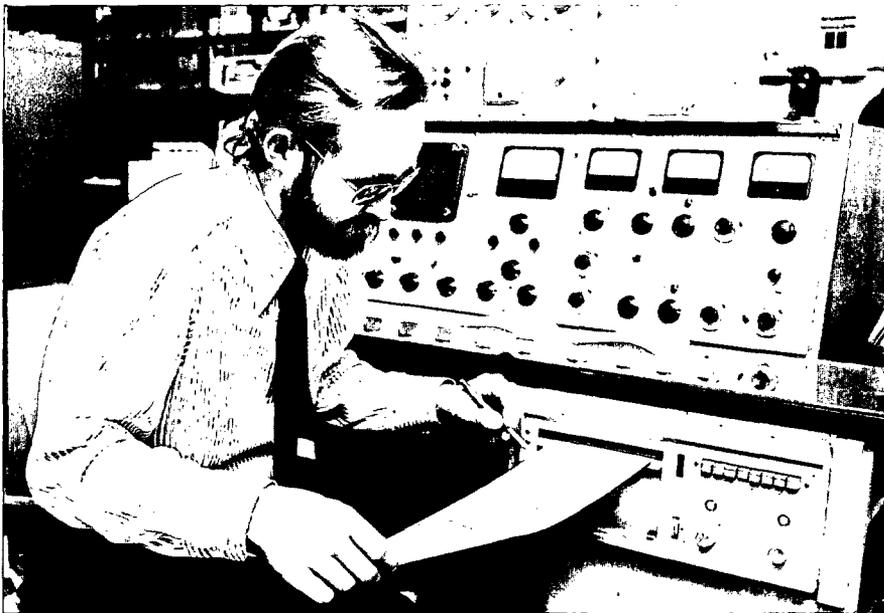
haben in einem gerade erschienenen Umwelt-Buch die Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Chemikalien und Fruchtbarkeit zusammengetragen**. In einem Kapitel über „männliche Unfruchtbarkeit“ resümiert, der amerikanische Fertilitäts-Forscher Bruce Rappaport das Wissen: „Das Problem der Unfruchtbarkeit von Männern ist in der Umweltverschmutzung begründet.“

In den letzten Jahrzehnten wurde in den USA zwar die hygienische Vorsorge verbessert, die Ernährung vielfältiger, und die Lebenserwartung stieg. Zugleich gab es aber in allen Industrienationen „eine explosionsartige Zunahme von spermatotoxischen Substanzen“.

Wissenschaftlern ist klar, daß der letzte Beweis für den Zusammenhang zwischen Unfruchtbarkeit und Umweltgiften noch nicht erbracht ist und womöglich auch nie zu führen sein wird. Denn der naturwissenschaftlich exakte Nachweis einer ursächlichen Verbindung zwischen Sterilität und Chemie bedürfte entsprechender Versuche – am Menschen.

Daß es aber einen solchen Zusammenhang gibt, halten Umwelt-Mediziner für wahrscheinlich, weil diese Stoffe besonders die sensiblen Fortpflanzungsorgane angreifen. Substanzen, wie sie nun auch bei Männern und Frauen festgestellt worden sind, soviel ist gewiß, führen unter Kleinstlebewesen, aber auch bei Vögeln und Säugetieren zu Reproduktionsstörungen; ganze Arten drohen auszusterben.

Das könnte, fürchten US-Wissenschaftler, langfristig auch dem amerikanischen Volk widerfahren. Wenn nichts geschieht, rechnete Chemieprofessor Ralph Dougherty von der Universität in Tallahassee/Florida hoch, werden schon im Jahre 2000 rund 50 Prozent der männlichen US-Bevölkerung unfruchtbar sein.



Fortpflanzungs-Forscher Dougherty: Sterben die Amerikaner aus?

beunruhigt. In den Industrienationen sinkt die Geburtenrate nicht nur, weil viele Paare keinen Nachwuchs wollen, sondern auch deshalb, weil sie keinen bekommen können.

In der Bundesrepublik sind rund 500 000 Männer unfruchtbar, jede fünfte westdeutsche Ehe bleibt unfreiwillig kinderlos. Nun entdeckten Wissenschaftler, woran es auch liegen könnte: In den Fortpflanzungsorganen wurde eine ganze Palette von gefährlichen chemischen Verbindungen, sogenannten Halogenierten Kohlenwasserstoffen*, nachgewiesen.

▷ In den USA, wo die durchschnittliche Anzahl der Samenzellen pro Milliliter seit 1951 von 107 Millionen

„Unsere Ergebnisse sind ein Indiz dafür“, sagt Mediziner Heinz Bohnet vom Hamburger Forscherteam, „daß Halogenierte Kohlenwasserstoffe ein Faktor sein könnten, der zur Unfruchtbarkeit von Frauen beiträgt.“

Solche Indizien häufen sich weltweit. Umweltgifte wurden in den Samenzellen polnischer Industriearbeiter gefunden. Im Blut von Hamburger Boehringer-Beschäftigten fanden Arbeitsmediziner geringere Mengen des männlichen Hormons Testosteron als üblich; das Hormon steuert die Samenproduktion.

US-Veteranen, die im Vietnamkrieg mit dem dioxinhaltigen Entlaubungsgift Agent Orange in Berührung gekommen waren, erwiesen sich nur noch als bedingt zeugungsfähig. Bei dioxinbelasteten Arbeitnehmern der amerikanischen Chemiefirma Dow Chemical sank die Fortpflanzungsquote rapide ab.

Die Öko-Publizisten Imre Kerner, Thomas Weidenbach und Dagny Radek

LADENSCHLUSS

Schöner Wirbel

Der Bremer Aufstand gegen feste Ladenschlußzeiten ist kaum mehr als ein guter Werbegag.

Jochen Pfaff ist ein vielseitiger Mann mit ausgeprägtem Sinn fürs Geschäftliche. Der 35jährige Bremer handelt mit Altbauten, die er selbst saniert, betreibt zwei schicke Boutiquen und eine Szene-Kneipe im Ostertorviertel.

Jetzt hat Pfaff noch eine weitere Aufgabe: Seit er als amtsbekannter Widerständler gegen feste Ladenschlußzeiten in der „Tagesschau“ auftrat, suchen Händler aus dem ganzen Bundesgebiet seinen Rat.

In Hamburg-Pöseldorf, in der Düsseldorfer Altstadt, in Bielefeld, Dortmund und Köln möchten Boutiquen-Besitzer das müde Sommergeschäft über verlän-

* Kohlenwasserstoffe sind chemische Verbindungen von Kohlen- und Wasserstoff. Verbinden sie sich mit Fluor, Chlor, Brom oder Jod (sogenannte Halogene), sprechen Chemiker von Halogenierten Kohlenwasserstoffen.

** Thomas Weidenbach, Imre Kerner, Dagny Radek: „Dioxin – Die chemische Zeitbombe“. Kiopenheuer & Witsch, Köln; 368 Seiten; 18,80 Mark.



Boutiquen in Bremen, Beamte der Gewerbeaufsicht*: „Beim nächsten Verstoß sind 1000 Mark fällig“

gerte Verkaufszeiten beleben. Die Geschäftsleute wollen von Pfaff wissen, wie er und seine Sympathisanten den schönen Wirbel am Bremer Ostertorsteinweg entfacht haben. Pfaff: „Viele bieten sogar Geld.“ Der verregnete Sommer, die hohe Arbeitslosigkeit und die wachsende Krisenangst in der Hansestadt hatten bei den Bremer Bürgern in diesem Jahr keine rechte Freude am Konsum aufkommen lassen. Pfaff und ein Dutzend anderer Boutiquenbesitzer beklagten einen Umsatzrückgang von 30 bis 40 Prozent. Das sollte sich ändern.

Pfaff organisierte Modenschauen. Die Bremer, die an den lauen Sommerabenden durchs Viertel flanierten, waren begeistert. Viele – berichtete Pfaff – „wollten die Sachen gleich kaufen“. Doch anders als im Ausland sind in der Bundesrepublik die Ladenöffnungszeiten streng reglementiert: Spätestens um 18.30 Uhr muß alles dicht sein.

Anfangs heimlich, später ganz offen verstießen Pfaff sowie nach und nach auch andere Ladeninhaber gegen das Gesetz. Zuletzt kündigten sie, mutig geworden, ihren Widerstand sogar öffentlich in der Lokalzeitung an.

Damit waren die Behörden herausgefordert. Amtspersonen stellten den fortgesetzten Verstoß gegen das Ladenschlußgesetz fest, der zuständige Senator Claus Grobecker wetterte im Regionalfernsehen gegen die Gesetzesbrecher.

So wurde aus der Bremer Lokalposse allmählich eine Revolte, die bundesweit Aufsehen erregte. „Noch nie“, freute sich Pfaff, „war Werbung so billig!“

Anfangs machte die Szene noch begeistert mit, der Aufstand gegen den Ladenschluß wurde für die Bremer eine Riesengaudi. Doch im Laufe der vergangenen Woche gab es von Abend zu Abend immer weniger zu kaufen.

In den Boutiquen traten sich zwar die Schaulustigen auf die Füße, aber kaufen

konnten sie schon am Mittwochabend nur noch in einem Geschäft – die anderen luden nur zum Gucken ein. Im Laufe des Abends tauchten dann auch in dem einzigen verkaufsoffenen Laden die Beamten der Gewerbeaufsicht auf und verhängten das angedrohte Zwangsgeld von 500 Mark. Beim nächsten Verstoß, kündigte Amtsrat Arno Ax an, „sind 1000 Mark fällig“.

Besitzer Jörn Schwede ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Er hat die Geldbußen bereits als Kosten einkalkuliert. Mittlerweile allerdings regt sich auch die Konkurrenz.

Sie versteckt sich hinter dem Verein zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs, dessen Vorstand beim Bremer Landgericht Beschlüsse erwirkt, die den aufrührerischen Ladenbesitzern die abendlichen Öffnungszeiten verbieten. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung drohen bis zu 100 000 Mark Ordnungsstrafe, ersatzweise sechs Monate Haft.

Das zieht. Wenn erst einmal alle Boutiquen mit solchen Gerichtsbeschlüssen überzogen sind, ist das abendliche Treiben in Bremens Boutiquen vorbei. Deshalb wollen Pfaff und seine Mitstreiter nun die Politiker mobilisieren.

Einen Bittbrief an den Kanzler in Bonn haben sie bereits verfaßt. Ein erster Erfolg: Der CDU-Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung der Union plädieren für eine vorsichtige Lockerung des Ladenschlußzwangs.

Die Vorteile einer solchen Änderung sind allerdings äußerst umstritten. Gewerkschaften und Einzelhandel sind strikt dagegen. Die einen, um die Arbeitszeiten des Ladenpersonals zu verkürzen, die anderen, weil es zu teuer wäre, bis spät in den Abend zu verkaufen.

* Mit Boutiquen-Besitzer Jörn Schwede (r.) bei der Kontrolle seines Ladens am Mittwoch vergangener Woche.

Auch das Münchner Ifo-Institut warnte: Kaufhäuser und Billiganbieter würden zu Lasten des mittelständischen Fachhandels noch mehr an Boden gewinnen, die Konzentration im Einzelhandel würde verschärft.

Mehr Arbeitsplätze gäbe es auch nicht. Die längeren Öffnungszeiten würden nach Ansicht der Wirtschaftsforscher durch flexible Arbeitszeiten und Überstunden aufgefangen – die Kosten tragen am Ende die Verbraucher.

Ein erster Test in Berlin jedenfalls endete in diesem Sommer mit einem Mißerfolg. Am Kurfürstendamm und auf der Tauentzien durfte im Juli und August freitags bis 21 Uhr verkauft werden. Doch nach einem ersten Begeisterungsschub blieb die Kundschaft aus.

Ähnliche Aktionen, so haben inzwischen die Bremer Stadt-Querulanten erkannt, hätten deshalb wohl nur kurzfristig an warmen Sommerabenden oder vor Weihnachten Aussicht auf Erfolg. Diese Möglichkeit für zusätzlichen Umsatz allerdings möchten sie sich erhalten.

Solange das schöne Wetter anhält, wollen Pfaff und seine Freunde deshalb nicht aufgeben. Ihnen ist auch schon ein Trick eingefallen, wie sie das trotz neidischer Konkurrenten und behördlichen Verbots schaffen könnten.

Als nächstes nämlich wollen die auf-sässigen Händler einen eigenen Schutzverband zur Wahrung des lautereren Wettbewerbs gründen und sich dann gegenseitig bei Verstoß gegen den Ladenschluß abmahnen. Die Konkurrenz hätte dann keine Handhabe mehr für eigene einstweilige Verfügungen.

Die Ordnungsstrafen indes, die bei Abmahnungen fällig werden könnten, wollen die Freunde des lautereren Wettbewerbs dann gar nicht erst bei Gericht beantragen. ◆